a)	Offentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)									
	Name			Verbandsgemeindewerke Weißenthurm - Abwasser						
	Stra	aße		Kärlicher Straße	4					
	Plz	, Ort		56575, Weißent	hurm					
	Tel	efon		+49 2637-9130						
	Fax	(		+49 2637-91310	00					
	E-N	⁄lail		vergabestelle@v	vgwth	urm.de				
	Inte	ernet		https://www.verb	ands	gemeindeweissenthurm.de				
	Kor	ntaktstelle		Stabsstelle Zent	rale \	/ergabe				
	Umsatzsteuer-Identifikationsnummer									
b)	Ver	gabeverfahren	Öffentliche Au	usschreibung, V	OB/A	ı				
	Ver	gabenummer	01-24-2025							
c)	Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen									
	- oh	ohne elektronische Signatur (Textform)								
d)	Art des Auftrags									
	X	Ausführung von Ba	auleistungen							
		Planung und Ausfü	ührung von Bau	leistungen						
		Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)								
e)	Ort	ert der Ausführung								
	Gev	Gewerbegebiet Mülheim-Kärlich, Industriestraße 30a, 56218 Mülheim-Kärlich								
f)	Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose									
	Bec ges Die Verl kan Die Wer	Regenrückhaltebeckens mit dem nächsten Schachtbauwerk als Notverbindung und zur früheren Entleerung des Beckens nach Starkregenereignissen zu errichten. Zusätzlich soll eine Verbindung zwischen den beiden Becker geschaffen werden. Die nachfolgend ausgeschriebenen Leistungen umfassen die Tiefbauarbeiten, sowie die Herstellung der Verbindung inkl. der Mauerdurchführungen sowie die Lieferung und Montage der Schieber. Eine Durchführung kann nur bei trockenem Wetter erfolgen. Die Bohrung aus dem RÜB in den Graben muss am selben Tag mit dem Schieber verschlossen werden. Wenn die Bohrung in den Schacht erfolgt, muss eine Absperrblase in einer ankommenden Leitung gesetzt werden. Hierzu ist eine rechtzeitige Abstimmung mit der Bauleitung des AG zwingend erforderlich.								
g)	Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden									
	Zwe	Zweck der baulichen Anlage								
	Zweck des Auftrags									
h)	Auf	teilung in Lose (Ar	rt und Umfang	siehe Buchstab	e f)					
	X	nein								
		ja, Angebote sind i	möglich			nur für ein Los				
						für ein oder mehrere Lose				
						nur für alle Lose (alle Lose müssen a	angeboten			
						werden)				
i)	Ausführungsfristen									
		Beginn der Ausfüh	nrung							
		Fertigstellung oder Dauer der Leistungen								
	Bestimmungen über die Ausführungsfrist									
		Ausührungsbeginn Ausführungsende:								
j)	Nebenangebote									
		zugelassen								

	nur in Verbindung mit e	einem Hauptangebot							
	icht zugelassen								
k)	mehrere								
	Hauptangebote								
	zugelassen								
	nicht zugelassen								
I)	Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen								
	Vergabeunterlagen								
	werden elektronisch zu	ır Verfügung gestellt unter:	https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YD0YEYX/documents						
	können angefordert we	erden unter:							
	Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen								
	Abgabe Verschwi	egenheitserklärung							
	andere Maßnahm	en:							
	Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist								
	Nachforderung								
	Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden								
	□ nachgefordert     □ nachgefordert								
	teilweise nachgeforder	t, und zwar folgende Unterl	agen:						
	nicht nachgefordert								
0)	Ablauf der Angebotsfrist	am 09.07.2025 um 10:0	0 Uhr						
	Ablauf der Bindefrist	am 30.09.2025							
p)	Adresse für elektronische	Angebote	https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YD0YEYX						
	Anschrift für schriftliche Ang	ebote							
q)	Sprache, in der die Angeb müssen:	Sprache, in der die Angebote abgefasst sein DE müssen:							
r)	Zuschlagskriterien								
	siehe Vergabeunterlag	en							
	□ nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:								
	Kriterium		Gewichtung						
	Niedrigster Preis								
s)	Eröffnungstermin am 09.07.2025 um 10:00 Uhr								
	Ort								
	Verbandsgemeinde Weißenthurm Kärlicher Straße 4 56575 Weißenthurm								
	Die Angebotsöffnung findet ausschließlich elektronisch statt.								
	Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen								
	Personen, die bei der Eröffr sein.	nung anwesend sein dürfen	: Bieter und deren Bevollmächtigte dürfen nicht anwesend						
t)	geforderte Sicherheiten								
	Sicherheiten für Vertragserfüllung und Mängelansprüche (siehe Vergabeunterlagen)								
u)	Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind								
	VOB/B (siehe Vergabeunter	lagen)							

Für den Rechnungsversand über das E-Rechnungsportal des Landes Rheinland-Pfalz benötigen Sie von uns folgende Angaben:

1. Die ausschließlich für die Übermittlung zu nutzende E-Mail Adresse:

ZRE-RLP@poststelle.rlp.de

- 2. Die Leitweg-Identifikationsnummer
- der Verbandsgemeinde Weißenthurm 071375008000-001-17

# v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften

### w) Beurteilung der Eignung

Bieter/Bewerber müssen den Nachweis der Fachkunde. Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß den Angaben des § 6a VOB/A führen.

Der Bieter hat mit seinem Angebot zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eine direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachzuweisen. Der Nachweis der Eignung kann auch durch Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung), alternativ durch Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) erbracht werden.

Hinweis: Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen auf Verlangen der Vergabestelle innerhalb der von der Vergabestelle benannten Frist vorzulegen. Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist den Vergabeunterlagen beigefügt.

Sämtliche mit dem Angebot einzureichende Nachweise sind in einem den Vergabeunterlagen beigefügten Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Nachweisliste) gem. § 8 Abs. Nr. 5 VOB/A aufgeführt.

Gegebenenfalls auf gesondertes Verlangen vorzulegende Nachweise sind in der Angebotsaufforderung unter Buchstabe D, Ziffer 3.4, sowie dem Formblatt 216 (Nachweisliste; Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen) zu entnehmen.

#### Beurteilung der Eignung

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- 1.) Eigenerklärung des Bieters, dass in seiner Person oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die ihm zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 6e EU VOB/A begründet sind.
- 2.) Eigenerklärung des Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
- 3.) Eigenerklärung des Bieters zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft.
- 4.) Eigenerklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der Maßnahme vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
- 5.) Eigenerklärung über die Ausführung vergleichbarer Leistungen in den letzten fünf Jahren.
- 6.) Eigenerklärung über die Bereithaltung der für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte.
- 7.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient.
- 8.) Erklärung des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister.

Für die vorgenannten Auskünfte (Eigenerklärungen) sind entsprechende Formblätter den Vergabeunterlagen beigefügt (Formblatt 124)

Ebenso zugelassen ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Beleg der Eignung. Eigenerklärungen und Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierung geführt werden, sind zugelassen. Die durch Präqualifizierung geführten Eigenerklärungen und Eignungsnachweise müssen die gestellten auftragsbezogenen Mindestanforderungen nachweisen.

Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bieter zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende weitere Nachweise vorzulegen, wie:

- Nachweis über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister wie Handelsregister, Partnerschaftsregister, Berufskammern der Länder, Handwerksrolle
- eine Bescheinigung in Steuersachen des zuständigen Finanzamtes über die vollständige Entrichtung von Steuern, die nicht älter als 13 Monate sein darf,
- gültige Bescheinigungen der zuständigen Krankenkasse, tariflichen Sozialkasse und Berufsgenossenschaft über die vollständige Entrichtung von Beiträgen, die nicht älter als 13 Monate sein dürfen.

- Drei Referenzen mit folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges,
- Angaben zu Arbeitskräften: Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal.

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Sämtliche einzureichenden Nachweise sind in den Vergabeunterlagen sowie im beigefügten Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Formblatt 216) aufgeführt.

Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Bieter müssen mit Angebotsabgabe und während der Werkleistung die fachliche Qualifikation (Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit der Technischen Vertragserfüllung) und Gütesicherung des Unternehmens nachweisen.

Die Anforderungen der vom Deutschen Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V. herausgegebenen Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 sind für die nachstehend angegebenen Beurteilungsgruppen zu erfüllen AK1

mit Angabe der Ausführung von Leistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Der Nachweis gilt als erbracht, wenn der Bieter die Erfüllung der Anforderungen und die Gütesicherung des Unternehmens nach RAL-GZ 961 mit dem Besitz des entsprechenden RAL-Gütezeichens Kanalbau für die geforderten Beurteilungsgruppen) nachweist.

Der Nachweis gilt insbesondere als gleichwertig erbracht, wenn der Bieter die Erfüllung der Anforderungen durch einen Prüfbericht entsprechend Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 Abschnitt 4.1 für die geforderten Beurteilungsgruppe(n) nachweist und eine Verpflichtung vorlegt, dass der Bieter im Auftragsfall für die Dauer der Werkleistung einen Vertrag zur Gütesicherung RAL-GZ 961 entsprechend Abschnitt 4.3 abschließt und die zugehörige "Eigenüberwachung gemäß den Anforderungen des Güteschutz Kanalbau e.V.; dabei ist eine Eigenüberwachung (z.B. Baustofflabor) und eine Fremdüberwachung (z.B. Güteschutz Kanalbau) nachzuweisen.

Der Auftragnehmer muss ausreichend gegen Personen- und Sachschäden versichert sein. Vom Betriebshaftpflichtversicherer ist eine Bestätigung vorzulegen, dass für die Arbeiten eine Deckungssumme von 2.000.000 EUR für Personenschäden und 500.000 EUR für sonstige Schäden besteht und die Versicherungsprämie bezahlt ist. Sämtliche Kosten für die Versicherungen sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Dies kann durch eine Bescheinigung der Versicherung nachgewiesen werden, dass die Versicherungssumme im Auftragsfall zur Verfügung steht.

### x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name Kreisverwaltung Mayen-Koblenz

Straße Bahnhofstraße 9
Plz, Ort 56068, Koblenz

Telefon

Fax

E-Mail info@kvmyk.de

Internet

## **Sonstiges**

Der Auftraggeber wendet die Regelungen der Verwaltungsvorschrift "Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz" in der jeweils geltenden Fassung an.

Der Auftraggeber wendet die Regelungen des "Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG)" in der jeweils geltenden Fassung an.

Dieses Vergabeverfahren fällt in den Anwendungsbereich der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen. Bieter müssen erkannte oder erkennbare Verstöße innerhalb der jeweils geltenden Fristen des § 10 Abs. 3 dieser Verordnung gegenüber dem Auftraggeber rügen, anderenfalls können sie vor der Vergabeprüfstelle in der Sache nicht gehört werden.

Vergabeprüfstelle, an die der Auftraggeber eventuelle Beanstandungen des Bieters weiterleitet, sofern der Bieter nicht ausdrücklich auf eine Weiterleitung verzichtet hat:

Vergabeprüfstelle beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftstraße 9, 55116 Mainz

Bekanntmachungs-ID: CXP6YD0YEYX